

Die Beschleunigung von Lebenswelt und Politik

Gegenstand kritischer politischer Bildung
und Thema des Politikunterrichts

von Michael Görtler



Dipl.-Pol. Michael Görtler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politische Bildung der Universität Augsburg.

1. Thematischer Überblick

Die Beschleunigung von Verhandlungs- und Entscheidungs- sowie Bildungsprozessen gewinnt in den letzten Jahren mehr und mehr an Aufmerksamkeit im öffentlichen wie im wissenschaftlichen Diskurs – das belegen zahlreiche Beiträge, Initiativen und Projekte, die sich mit dem Phänomen der Beschleunigung von Lebenswelt, Gesellschaft und Politik sowie dem Umgang mit Zeit in diesen Bereichen beschäftigen. Dazu gehören beispielsweise die *Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik*, die sich für ein Recht auf Eigenzeit ausspricht, der *Verein zur Verzögerung der Zeit*, eine Initiative zur Entschleunigung des Lebens oder das Projekt *Ökologie der Zeit* der Evangelischen Akademie Tutzing, das sich mit dem Verhältnis von menschlicher und außermenschlicher Natur befasst. Alle drei verfolgen eine gemeinsame Idee, nämlich die Zeit als Schlüsselbegriff zu begreifen und Eigenzeiten von

Systemen und Lebewesen zu respektieren. Aber auch die Sozialwissenschaften, allen voran die Zeitsoziologie, aber auch die Politikwissenschaft haben das Thema erfasst (Rosa 2005; Reheis 2009). Sie machen vor allem auf eine zentrale Herausforderung aufmerksam, die für die politische Bildung von Bedeutung ist: Die Menschen haben im Alltag mit Zeitknappheit zu kämpfen, so dass für wohlüberlegtes Handeln oder erfahrungs- und erlebnisreiches Lernen keine Zeit zur Verfügung steht. Zur Illustration sollen an dieser Stelle zwei eindringliche Beispiele dienen, die beide aus dem Gegenstandsbereich der politischen Bildung stammen: Der erste Fall betrifft die *globale Wirtschafts- und Finanzkrise*, die sich in Europa mittlerweile zur handfesten *Schuldenkrise* entwickelt hat. Die angespannte Situation in der Euro-Zone verlangte von den europäischen Entscheidungsträgern kurzfristige Reaktionen. Die verschiedenen Schritte des sog. Euro-Rettungsschirms, die mit immer neuen finanziellen Unterstützungsleistungen verbunden waren, unterstreichen den Umfang der notwendigen Nachbesserungen; und nach wie vor ist im Hinblick auf andere sog. Schuldenstaaten wie z.B. Italien, Irland, Portugal oder Spanien – ganz zu schweigen vom brandaktuellen Fall Zyperns – nicht abzuschätzen, ob der Mechanismus greift. Vielmehr sehen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten mit einer ungewissen Zukunft konfrontiert, so dass unklar bleibt, welchen Weg die Europäische Union einschlagen wird, um auf die nächste komplexe Herausforderung, die umgehend gelöst werden muss, vorbereitet zu sein. Der zweite Fall lässt sich an den *bildungspolitischen Bemühungen* der letzten Jahre festmachen. In den G8- und Bologna-Reformen, der Exzellenzinitiative und in der Einführung von Bildungsstandards geht es mit Blick auf die

ökonomische Verwertbarkeit von Ausbildungsabschlüssen um die Vereinheitlichung von Bildungsprozessen und die Verkürzung von Ausbildungszeiten. Hier manifestiert sich die Zeitknappheit in der permanenten Erreichbarkeit im Alltag, in der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt oder in der sog. *Generation Praktikum*, denn wer im Wettkampf um Ausbildungs- und Arbeitsplätze stehen bleibt, läuft Gefahr den Anschluss zu verlieren. Das macht nicht zuletzt die zunehmende Bedeutung einer ökonomischen Rhetorik vom „Humankapital“, von „Schlüsselkompetenzen“ von „Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit“ und „Lebenslangem Lernen“ deutlich, die zu Ungunsten einer Bildung Platz greift, die Zeit lassen will zum Lernen, das Kopf, Herz und Hand miteinander verknüpft. Indiz für diese Entwicklung ist auch die anhaltende Klage vieler Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler im Rahmen der G8-Reform, die vom Zeitdruck im Unterricht berichteten. Wenn man von Bildung spricht, ist damit gemeinhin die Begegnung von Mensch und Welt gemeint, aus der ein mündiger Mensch, der frei und selbstbestimmt denkt und handelt, entspringen soll. Er soll in der Lage sein, sich mit seiner Person und seiner Umwelt kritisch auseinander zu setzen und daraus Schlüsse für das eigene Tun zu ziehen. Vor allem aber soll er sich selbst entfalten können, seine Fähigkeiten ausbauen und seine verborgenen Talente entdecken. Dies braucht Zeit um auszuprobieren, um Fehler zu machen, um Umwege zu gehen, auch um in Sackgassen zu landen und um neue Pfade zu betreten.

In diesem Zusammenhang

menhang ist auch ein Verweis auf das digitale Zeitalter und den Stellenwert der Neuen Medien wichtig. Immer mehr Menschen – Bürger wie Politiker – sind täglich online. Ein nicht unerheblicher Teil der sozialen Kontakte findet in sozialen Netzwerken statt und die Menschen sind über Smartphones quasi rund um die Uhr und Überall mit dem World Wide Web verknüpft. Auch in Kreisen der Politik stellen Facebook-Accounts oder das Twittern keine Ausnahme mehr dar. Selbst politische Institutionen, wie z.B. das Europäische Parlament sind dort und darüber hinaus auch in Audio- und Videoplattformen präsent. Die Politik ist im digitalen Zeitalter angekommen, in dem Raum und Zeit schrumpfen, so dass die Kommunikation zwischen Entscheidungsträgern und ihren Adressaten fast grenzenlos möglich ist. Hier entstehen neue Ansprüche und Erwartungen: Politik muss transparent geschehen, offen sein für die Wünsche der Betroffenen und vor allem schnell auf aktuelle Herausforderungen reagieren können.

Allerdings fehlen der Politik als Ort der Entscheidungsfindung und Willensbildung und der Schule als Ort der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen die Zeit zum Überlegen, Debattieren und Beschließen. Und: Es fehlt die Zeit, um Fehler machen zu dürfen und daraus zu lernen. Diese Entwicklungen sind auf beiden Seiten problematisch: In Bezug auf politische Herausforderungen geht es um schlechte Entscheidungen oder mangelhafte Reformen. In Bezug auf die Bildung stellt sich die Frage, ob anspruchsvolle Ziele wie Mündigkeit oder Urteilsfähigkeit überhaupt noch erreicht werden können. Damit steht auch die Bildungspolitik auf dem Prüfstand, denn die zahlreichen Reformen im Schul- und Hochschulbereich lassen den Eindruck entstehen, dass Zeiträume für Politische Bildung nicht hoch im Kurs stehen:

Wenn der Stoff in der Schule durchgepeitscht wird und Schülerinnen und Schüler immer mehr Stoff in kürzerer Zeit aufsaugen müssen,

bleibt wenig Gelegenheit für ein Proprium der Politischen Bildung, der kritischen Begegnung von Mensch und Welt. Vielmehr brauchen Kinder und Jugendliche Zeiträume, um Autoritäten, das Selbstverständliche und scheinbar Unveränderliche in Frage zu stellen oder um hinter die Kulissen blicken zu können und um der vermeintlichen Übermacht des Faktischen nicht hilflos gegenüberzustehen. Sie sind auf Gelegenheiten angewiesen, um sich u.a. mit dem Politischen im Schonraum Schule oder in der Freizeit auseinander zu setzen.

Bedenken sind deshalb auch aus demokratietheoretischer Perspektive veranlasst: Für die Bürger schwindet mit der Zunahme an Komplexität sowie der räumlichen und zeitlichen Reichweite von politischen Problemen mehr und mehr die Transparenz, die notwendig ist, um wohlüberlegte und begründete Entscheidungen zu fällen. Wahl bzw. Nichtwahl von Parteien und Kandidaten sind dann möglicherweise nicht mehr Ausdruck von bewusster Akzeptanz oder Ablehnung, sondern von schlichter Überforderung und Unwissen. Damit ist auch eine echte Unterstützung des demokratischen Systems nicht mehr möglich, weil sich die Demokratie nicht mehr auf den reflektierenden Bürger stützen kann.

Mit den skizzierten Entwicklungen gehen also auch Veränderungen in Bezug auf das demokratische politische System einher. Die Anforderungen an die Entscheidungsträger, z.B. in immer kürzerer Zeit auf akute Krisen zu reagieren, und an die Bürger, z.B. das komplexe politische Geschehen (noch) nachzuvollziehen, steigen an. Eine „kritische“ politische Bildung hat als emanzipative Instanz die Aufgabe, im Sinne der Schüler- und Interessenorientierung die Lernenden zu befähigen, diese Problematik als Herausforderung zu begreifen und kritisch zu hinterfragen (vgl. Schmiederer 1977; Lösch/Thimmel 2010; Widmaier/Overwien 2013). Dabei darf auch ein kritischer Blick auf die bildungspolitischen Bemühungen zur Beschleunigung und Standardisierung von Bildungs- und Lernprozessen nicht ausbleiben. Dafür werden im Folgenden zwei unterschiedliche unterrichtspraktische Ansätze vorgeschlagen: ein lebensweltlicher und ein politikanalytischer, die im Folgenden anhand von Materialien skizziert werden.



2. Der lebensweltliche Ansatz

Die Beschleunigung des Alltags am Beispiel von Mobilität und Flexibilität in der Arbeitswelt

In Bezug auf die Lebenswelt besteht die zentrale Herausforderung darin, dass die Zeitknappheit zwar subjektiv spürbar ist, z.B. an der Zunahme des Lebenstempos, am Gefühl von Zeitdruck, Eile und Hetze, sich aber nicht ohne größeren Aufwand empirisch beweisen lässt. Anhaltspunkte geben beispielsweise Zeitbudgetstudien, die Auskunft über den Umgang mit Zeit von Erwerbstätigen geben (Schönbeck 2009). An dieser Stelle wird der Fokus aber auf die Herausforderungen der Arbeitswelt gerichtet, der Schülerinnen und Schüler teilweise bereits betrifft (durch Ferienjobs oder Nebentätigkeiten oder die Erwerbsituation der Eltern) und als zukünftige Erwerbstätige sicher betreffen wird. Die gegenwärtige Arbeitswelt ist von Flexibilität und Mobilität gekennzeichnet und die Beschleunigung wird dabei als ein die körperliche und geistige Gesundheit gefährdender Faktor definiert, das belegt nicht zuletzt eine aktuelle Studie zur psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz, die im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin erstellt wurde (Lohmann-Haislah 2012). Auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im letzten Jahr „Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz“ als Schwerpunkt gesetzt (BMAS o.A.).

3. Der politikanalytische Ansatz: Die Beschleunigung der Demokratie

Der politikanalytische Zugang richtet den Fokus nicht auf die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler als zukünftige Bürger, sondern auf die Politik als Gegenstand. Die Beschleunigung der Politik kann beispielsweise über die Polity-, Policy- oder Politics-Dimension betrachtet werden, z.B. in Bezug auf die Geschwindigkeit von Gesetzgebungsprozessen oder den Tagesablauf von Politikern. Im Folgenden wird aus demokratietheoretischer Perspektive einmal auf die Situation der „beschleunigten“ Demokratie geblickt. Das andere Mal steht die Institutionalisierung eines Rechts auf Eigenzeit im Mittelpunkt.

M 1: Stressreport Deutschland 2012

„Berlin (dpa) – 43 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland sind überzeugt, dass ihr Arbeitsstress in den vergangenen zwei Jahren zugenommen hat. 19 Prozent fühlen sich überfordert. Das geht aus dem ‚Stressreport Deutschland 2012‘ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hervor, der am Dienstag in Berlin vorgelegt wurde. Für die Studie wurden bundesweit fast 18 000 Arbeitnehmer zu psychischen Anforderungen, Belastungen und Stressfolgen ihres Arbeitsalltags befragt. Danach sind Termin- und Leistungsdruck in Deutschland häufiger als im Durchschnitt der 27 EU-Länder: Jeder zweite Befragte (52 Prozent) gibt das an. Knapp 60 Prozent der Befragten fühlen sich durch die gleichzeitige Erledigung verschiedener Aufgaben belastet. Für 35 Prozent ist die Arbeitswoche länger als 40 Stunden. 26 Prozent klagen darüber, dass sie keine Pausen machen können. Insgesamt 64 Prozent arbeiten auch samstags, 38 Prozent an Sonn- und Feiertagen.“

<http://www.zeit.de/news/2013-01/29/arbeit-fuer-43-prozent-hat-der-stress-im-job-zugenommen-29122604> (Stand März 2013).

M 2: Fehlzeiten aufgrund von psychischen Erkrankungen und Burnout

„Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) hat die Angaben der großen gesetzlichen Krankenkassen zu Arbeitsunfähigkeit (AU), psychischen Erkrankungen und Burnout ausgewertet. Dabei zeigt sich, dass die Anzahl der Krankschreibungen aufgrund eines Burnout (Z73 im ICD-10-GM) seit 2004 um 700 Prozent, die Anzahl der betrieblichen Fehltagte sogar um fast 1.400 Prozent gestiegen ist [...] Insgesamt setzt sich auch im Jahr 2010 der Trend fort, dass deutsche Arbeitnehmer immer häufiger aufgrund von psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz fehlen. Erste Auswertungen des Jahres 2011 (DAK, TK, AOK) zeigen, dass dieser Trend sich auch 2011 fortsetzt. Aktuell werden fünf Prozent aller Krankschreibungen bzw. 12,5 Prozent aller betrieblichen Fehltagte durch psychische Erkrankungen verursacht. Damit hat sich der Anteil der AU-Tage aufgrund von psychischen Erkrankungen an allen betrieblichen Fehltagten seit 2000 in etwa verdoppelt. Die Krankschreibungen aufgrund psychischer Erkrankungen sind überdurchschnittlich lang, durchschnittlich 30 Tage. Depressiv erkrankte Arbeitnehmer fehlen im Schnitt sogar 39 Tage.“

www.bptk.de/uploads/media/20120606_AU-Studie-2012.pdf (Stand März 2013).

Aufgaben zu M 1 und M 2: (Einzelarbeit, Partnerarbeit)

1. Lesen Sie die Textauszüge in Einzelarbeit durch und markieren Sie die zentralen Aussagen!
2. Diskutieren Sie in Partnerarbeit über die Zeiterfahrungen und den Umgang mit Zeit, die sich im Text widerspiegeln! Welche davon kennen Sie aus Ihrem Alltag?

Hinweis:

Mit Zeiterfahrungen sind beispielsweise Zeitdruck, Eile, Hetze, Monotonie, mit Umgang mit Zeit beispielsweise Unterbrechungen im Arbeitsablauf, Multitasking oder Pausenlosigkeit, aber auch Auflösung des 5-Tage-8-Stunden- sowie des Tag-und-Nacht-Rhythmus gemeint.



M 3: Arbeitsmärkte im Wandel

„Beschäftigungsverhältnisse waren in Deutschland über Jahrzehnte in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass sie in Vollzeit und unbefristet ausgeübt wurden. Wer so arbeitete, konnte auch davon ausgehen, nach Übergang in den Ruhestand eine ausreichende Rente zu erhalten, die den Lebensunterhalt im Alter sicherstellt. Das prägte und prägt teilweise noch die Wahrnehmung in der Bevölkerung davon, wie ein reguläres Beschäftigungsverhältnis aussieht. Dies entspricht dem auch sozialpolitisch erwünschten Normalfall. Die sozialen Sicherungssysteme der früheren Bundesrepublik und des vereinten Deutschlands orientieren sich maßgeblich an dieser Form des Arbeitsverhältnisses, das deswegen oft als Normalarbeitsverhältnis bezeichnet wird [...] Eine Reihe von Entwicklungen hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Bedeutungsverlust dieser Art von Beschäftigungsverhältnis geführt. In beiden Teilen Deutschlands war es eng mit dem lange dominierenden sekundären Sektor, also dem Verarbeitenden Gewerbe verbunden. Doch bereits ab den siebziger Jahren arbeiteten im früheren Bundesgebiet mehr Menschen im Dienstleistungsbereich als in der Industrie. Mit der Wiedervereinigung kam es zu einem Umbruch der Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland und der Beschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors legte auch im wiedervereinigten Deutschland immer weiter zu [...] Als weitere Ursache des Bedeutungsverlustes ist die sich wandelnde Erwerbsbeteiligung der Geschlechter zu nennen. In der früheren Bundesrepublik stieg seit den 1970er-Jahren die Erwerbsbeteiligung der Frauen kontinuierlich an. Diese Zunahme fand meist in Form von Teilzeitbeschäftigung statt, da viele Frauen ihre Berufstätigkeit weiterhin mit familiären Verpflichtungen in Einklang bringen mussten. In der DDR war die Erwerbsbeteiligung von Frauen schon seit Beginn hoch und fand meist im Rahmen einer Vollzeittätigkeit statt. Der Trend einer steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen setzt sich seit der Wiedervereinigung fort [...] Die Erwerbsmuster von Frauen in Ost und West unterscheiden sich weiterhin, wobei in den ostdeutschen Ländern sogar eine leichte Entwicklung in Richtung des westdeutschen Hinzuverdiener-Modells zu beobachten ist. Letztlich stellen Anforderungen der heutigen Wirtschaft das klassische Modell des Normalarbeitsverhältnisses immer mehr in Frage. Es scheint für moderne Wirtschaftsprozesse zu stark reglementiert und unflexibel. Unternehmen sehen sich zudem auf globalisierten Märkten einem stärkeren Konkurrenzdruck ausgesetzt. Deswegen haben sie ein Interesse an Beschäftigungsformen, mit denen sie auch hinsichtlich des Umfangs und der Zusammensetzung ihrer Belegschaft darauf reagieren können [...]

Wenn von Erwerbsformen die Rede ist, wird eine Vielzahl von Begriffen verwendet, die sich in ihrer Bedeutung mehr oder weniger überlappen. Genannt werden oft die geringfügige Beschäftigung, Mini-Jobs, Ein- Euro-Jobs, prekäre Beschäftigung, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Leiharbeit etc. Es bedarf also eines Konzeptes, mit dem man unterschiedliche Erwerbsformen nach einem einheitlichen Muster ordnen kann und mit dessen Hilfe sich der oben beschriebene Bedeutungsverlust klassischer Beschäftigungsverhältnisse beschreiben lässt. In der Wissenschaft wird dafür am häufigsten das Konzept der atypischen Beschäftigung verwendet. Die einzelnen Formen atypischer Beschäftigung sind dadurch definiert, dass sie sich in einer oder mehreren zentralen Eigenschaften vom Normalarbeitsverhältnis unterscheiden. Normalarbeitsverhältnisse werden in Vollzeit (mindestens 21 Wochenstunden) und in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis ausgeübt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwerben über das Normalarbeitsverhältnis zudem Ansprüche auf Leistungen aus Sozialversicherungen. Schließlich arbeitet eine Normalarbeitnehmerin bzw. ein Normalarbeitnehmer direkt für das Unternehmen, mit dem sie oder er den Arbeitsvertrag abgeschlossen hat. Bei Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeitnehmern, die von ihrem Arbeitgeber, der Zeitarbeitsfirma, mit Übergabe der Weisungsbefugnis an andere Unternehmen verliehen werden, ist das nicht der Fall. Als atypische Beschäftigung lassen sich folgende Beschäftigungsformen zusammenfassen: (1) Teilzeitbeschäftigung mit weniger als 21 Wochenstunden (2) Geringfügige Beschäftigung im Sinne der sozialgesetzlichen Definition (3) Befristete Beschäftigung (4) Zeitarbeit, auch Leiharbeit oder Arbeitnehmerüberlassung genannt. Ist Normalarbeit in der Regel darauf ausgerichtet, den eigenen Lebensunterhalt und eventuell den von Angehörigen zu finanzieren, so kann atypische Beschäftigung diesen Anspruch häufig nur bedingt erfüllen. Sie ist aber nicht mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen, da zur Einstufung eines Beschäftigungsverhältnisses neben dem Verdienst auch die persönliche Berufsbiografie und der Haushaltskontext des bzw. der Beschäftigten berücksichtigt werden müssen. Für die Wahl einer atypischen Beschäftigung kann auch ausschlaggebend sein, dass sich dadurch berufliche und andere persönliche Interessen besser kombinieren lassen. Normal- und atypisch Beschäftigte stellen zusammen alle abhängig Beschäftigten dar. Zu den Erwerbstätigen zählen außerdem die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. In diesem Beitrag werden Selbstständige ohne Beschäftigte – sogenannte Solo-Selbstständige – gesondert betrachtet. Sie sind deswegen interessant, weil dazu kleine Unternehmerinnen und Unternehmer oder Personen, die sich aus einer Arbeitslosigkeit heraus mithilfe des Existenzgründerzuschusses selbstständig gemacht haben, zählen.“

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2012): Arbeitsmärkte im Wandel, Wiesbaden, http://www.statistikportal.de/statistik-portal/arbeitsmaerkte_im_wandel.pdf (Stand Februar 2013).

Aufgaben zu M 3: (Einzelarbeit und Gruppenarbeit)

1. Lesen Sie die Textauszüge in Einzelarbeit durch und markieren Sie die zentralen Aussagen!
2. Diskutieren Sie in Gruppenarbeit über die skizzierten Entwicklungen! Was lässt sich daraus in Bezug auf die Flexibilität und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt ableiten?
3. Was ist mit Begriffen wie „marginaler Beschäftigung“, „Bedeutungsverlust von Normalarbeitsverhältnissen“ oder „atypischer Beschäftigung“ gemeint?
4. Finden Sie weitere Begriffe, die zur Charakterisierung von Erwerbsformen dienen!

Literatur

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (o.A.): Schwerpunkt Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz, <http://www.bmas.de/DE/Themen/Schwerpunkte/Psychische-Gesundheit-Arbeitsplatz/inhalt.html>; jsessionid= DEF2876331 C43B660EB8D1E 3A247BEA (Stand März 2013).
- Lohmann-Haislah, A. (2012): Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden, Hrsg. von Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund/Berlin/Dresden.
- Lösch, B./Thimmel, A. (2010) (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach/Ts.
- Reheis, F. (2009): Politische Bildung und Zeit. In: Oberreuter, H. (Hrsg.): Standortbestimmung Politische Bildung, Schwalbach/Ts., 267-282.
- Rosa, H. (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt/M.
- Schmiederer, R. (1977): Politische Bildung im Interesse der Schüler, Köln/Frankfurt.
- Schöneke, N. (2009): Zeiterleben und Zeithandeln Erwerbstätiger. Eine methodenintegrative Studie. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2012): Arbeitsmärkte im Wandel, Wiesbaden, http://www.statistikportal.de/statistik-portal/arbeitsmaerkte_im_wandel.pdf (Stand Februar 2013).
- Widmaier, B./Overwien, B. (Hg.) (2013): Was heißt kritische politische Bildung? Schwalbach/Ts.

M 4: Die Beschleunigung der Demokratie

„Überall in der Politik, nicht nur in Brüssel, herrscht der Sofortismus. Ob aus Angst vor hysterischen Märkten oder vor einem Echtzeit-Journalismus, der kein Zögern mehr erlaubt: Politik spielt sich heute in einer Druckkammer ab. Wer auf Ereignisse nicht augenblicklich reagiert, wird nicht gehört. Und jede Reaktion auf eine Nachricht ist wieder eine neue Nachricht. Vor zwanzig Jahren hat die Nachrichtenagentur dpa jeden Tag etwa 120 Meldungen verschickt. Heute sind es mehr als 750. Ereignisströme und Geschichte beschleunigen sich. Ein Minister berichtet vertraulich, er lege sein Smartphone kaum noch aus der Hand, er lese ständig Tickermeldungen und Mails, zu Akten- oder gar Bücher-Lektüre komme er überhaupt nicht mehr. Die Kanzlerin, heißt es beruhigend aus ihrem Umfeld, finde durchaus noch Zeit für längere Gespräche und grundsätzliche Erwägungen. Wann? Vor allem auf Reisen, im Flugzeug. Auch weil dort die Handys ausgeschaltet werden müssen. Wie sehr kann Politik an Tempo zulegen, ohne sich selbst zu beschädigen? Demokratie ist nicht für Hochgeschwindigkeit geschaffen, im Gegenteil, sie setzt Diskurse und Abwägungen voraus. Je komplexer die Themen werden, desto mehr Zeit müssten sich Politiker nehmen. Tatsächlich geschieht das Gegenteil. Ist die gute Staatsführung also akut gefährdet – durch einen Mangel an Nachdenklichkeit, zuwenig Ruhepausen? Wen immer man im Regierungsviertel auf diese Fragen anspricht, stets scheint ein Nerv getroffen. »Oh ja,« entfährt es einer Sprecherin des Auswärtigen Amtes, »die Erfindung der Uhr war das Ende der Zeit.« Sie werde den Minister gern fragen, ob er dazu einmal offen reden wolle. »Sehr interessantes Thema«, findet spontan auch der Sprecher des Bundesinnenministers; ganz bestimmt werde auch sein Dienstherr etwas dazu sagen wollen. Nach mehreren Anfragen und, natürlich, Terminproblemen lassen sich weder Guido Westerwelle noch Hans-Peter Friedrich auf Gespräche ein. Die Begründung aus dem Innenministerium lautet: Friedrich habe es sich doch anders überlegt; schließlich müssten die Auskünfte, wenn sie dem Thema wirklich gerecht werden sollten, »ja ziemlich persönlich ausfallen«. Allerdings, das müssten sie. Über den eigenen Zeithaushalt zu sprechen setzt eine Reflexionsbereitschaft über Freiheit und Zwang voraus, sprich: über die Grenzen der eigenen Autonomie. Dazu ist nicht jeder Politiker bereit [...] Das Problem ist bloß, wenn die Möglichkeiten zunehmen, steigen auch die Erwartungen. Gerade weil eine Mail im Vergleich zu einem Brief im Nu geschrieben und gesendet ist, gehen heute mehr Nachrichten um die Welt als jedes Postunternehmen zustellen könnte, 200 Milliarden sind es jeden Tag, schätzt das amerikanische Internet-Unternehmen Cisco. Je mehr Arbeit sich aber in einen Tag, in eine Stunde pressen lässt, desto eindringlicher wirkt die Sorge, Zeit verschwendet zu haben, auf die Psyche. Die genutzte Zeit ist heute so dicht, dass sich die ungenutzte anfühlt wie ein größerer Verlust als in der Zeit der Band-Diktiergeräte. Das bedeutet »stramm«. Natürlich gilt diese Erwartungshaltung auch für die Konsumenten von Politik. Wer im Postamt oder am Fast-Food-Schalter nicht lange warten mag, bringt auch keine Geduld für politische Langstrecken auf. Ist es aber realistisch, von Griechenland, Spanien oder Portugal binnen Monatsfristen grundlegende Staatssanierungen zu erwarten, wenn Deutschland schon für seine Sozialreformen mehrere Jahre gebraucht hat? Ist es klug, einen Atomausstieg zu fordern, bevor die Alternativen gründlich ausgeleuchtet sind? Und wie belastbar war jemals die Annahme, ein in weiten Teilen mittelalterliches Stammesland am Hindukusch binnen zehn Jahren in eine Demokratie verwandeln zu können? Vielleicht ist es an der Zeit, die umgekehrte Frage zu stellen, nämlich ob Geduld und ehrliche Zeitrahmen nicht ein politischer Wettbewerbsvorteil sein können. Was, wenn Europa viel zu schnell von einem Ziel zum nächsten zu rennen versucht? Glück ist Wirklichkeit minus Erwartungen, sagt ein Hindu-Sprichwort. Trifft das nicht auch auf die Erwartungen an die Geschwindigkeit von Politik zu? Darüber müsste man mal in Ruhe nachdenken.“ Jochen Bittner, ZEIT ONLINE vom 26. Juli 2012, <http://www.zeit.de/2012/31/Beschleunigung> (Stand März 2013).

M 5: Das zeitpolitische Manifest

„Den Menschen eine weitgehend selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen, ist auch das wichtigste Ziel einer modernen und humanen Zeitpolitik. Sie sollten fähig und imstande sein, auf die im individuellen Lebensverlauf wechselnden Anforderungen und Aufgaben, Ansprüche und Vorlieben flexibel, vor allem aber möglichst selbstverantwortlich, zu reagieren. Damit erhalten sie auch die Chance, nachhaltig – unter Beachtung ökologischer Grenzen – mit ihrer Zeit umzugehen. Entscheidend für die Lebensqualität ist die Wahlfreiheit in der persönlichen Zeitgestaltung – so mag je nach Lebensabschnitt und persönlichen Umständen eine strikte Trennung von Erwerbsarbeit und Privatleben oder aber deren enge Verzahnung von Vorteil sein. Wie weit der Anspruch auf Selbstbestimmung in der persönlichen Lebensgestaltung zu verwirklichen ist, hängt wesentlich von der Frage der Verfügungsmacht über die Zeit und die Institutionen ab, die unser Leben zeitlich strukturieren. Ein ungelöstes, nach wie vor zu wenig beachtetes Problem ist vor allem die Ungleichverteilung von Chancen und Belastungen: zwischen den Geschlechtern und Generationen, zwischen Menschen unterschiedlicher Qualifikation, zwischen Beschäftigten und Erwerbsarbeitslosen [...] Eine moderne Zeitpolitik hat zum Ziel, jedem Menschen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen, das in und jenseits der Arbeit stattfindet. Dazu gehört insbesondere das garantierte Recht auf Bildung, berufsbezogene Ausbildung und Erwerbsarbeit. Eine menschengerechte Zeitpolitik muss jedem Individuum über die Sicherung der materiellen Existenz hinaus eine Vielfalt gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller Tätigkeiten ermöglichen. Aus diesem Grund ist allen Bürger/innen – unabhängig von ihrem Erwerbsstatus – ein Recht auf direkte Einflussnahme in Unternehmen und Gesellschaft zu sichern. Eine nachhaltige Erweiterung der zeitpolitischen Leitbilder und Spielräume benötigt darüber hinaus neue politische Akteure und Interessenvertreter, die jenseits der herkömmlichen, erwerbszentrierten Politikbeziehungen aktiv sind und Einfluss gewinnen können.“ Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik, Berlin und Bremen 2005, http://www.zeitpolitik.de/pdfs/ZP_Manifest.pdf (Stand März 2013)

Aufgaben zu M 4 und M 5:
 (Einzelarbeit, Diskussion im Plenum)

1. Lesen Sie die Textauszüge in Einzelarbeit durch und markieren Sie die zentralen Aussagen!
2. Diskutieren Sie im Plenum über das Zeitpolitische Manifest: Sind die Forderungen aus Ihrer Sicht sinnvoll und vor allem realistisch?